

Sektion 3: Partizipation – Was treibt uns an?

Einleitende Thesen

Prof. Dr. Roland Roth

„Ich glaube, dass alles, was in unserer Welt bewirkt wird, was sich bewegt, letztlich von Gefühlen bewegt wird, dass sie aber keine institutionelle Macht haben“ (Alexander Kluge, Die Macht der Gefühle, Frankfurt/M 1984, 44).

Erste These:

Partizipation ist ohne - mehr oder weniger starke - Gefühle nicht denkbar. Dies gilt umso mehr, je schwächer institutionalisiert, je unkonventioneller, je anspruchsvoller und riskanter die Partizipationsformen sind. So gilt der Gang zur Wahlurne - zumindest in unseren Breiten - als ein Akt mehr oder weniger rationalen Handelns, der im emotionsarmen Umfeld öffentlicher Einrichtungen stattfindet, die vorübergehend als Wahllokal dienen. Kontaktaufnahmen und Beziehungen zwischen den WählerInnen untereinander und zu den Gewählten sind nicht vorgesehen. Es handelt es sich – so das Ideal - um einen individuellen, disziplinierten und abwägenden Akt rationaler Wahl. Der Wahl-o-Mat hilft denjenigen, die richtige Partei zu finden, die sich ansonsten nicht für Parteipolitik und Wahlprogramme interessieren. Claus Offe und andere haben darauf aufmerksam gemacht, dass es sich bei solchen Wahlen und die damit verbundene Legitimation für Mehrheitsentscheide um eine historisch unwahrscheinliche Errungenschaft handelt, setzt sie doch voraus, dass die Unterlegenen das Ergebnis akzeptieren und Entscheidungen – für eine Weile zumindest - hinnehmen, die nicht in ihrem Interesse sind. Wahlen sind ein Beispiel für politische Verfahren, die für alle Beteiligten letztlich disziplinierende, rationalisierende Wirkungen entfalten, auch wenn bzw. weil die vorgelagerten Wahlkämpfe auf Emotionalisierung setzen. Unbearbeitete starke Gefühle werden in jüngster Zeit eher bei denen vermutet, die „politikverdrossen“ nicht zur Wahl gehen.

Einen unkonventionellen Kontrapunkt setzen Akte des zivilen Ungehorsams.

Die Beteiligung an den Sitzblockaden der Friedensbewegung setzte z.B. ein starkes Gefühl von Angst und Bedrohung voraus. Intellektuelle Wegbegleiter und AktivistInnen forderten immer wieder starke Emotionen: „Mut zur Angst“ und „Ängstigt Euren Nachbarn wie Euch selbst“ (Günther Anders) oder „Empört Euch“ (Stéphane Hessel).

Aktuell tut dies eindrucksvoll und mit großer Resonanz in ihrer Generation die Schülerin Greta Thunberg: „Adults keep saying we owe it to the young people to give them hope. But I don't want your hope, I don't want you to be hopeful. I want you to panic, I want you to feel the fear I feel every day, And then I want you to act, I want you to act as if you would in a crisis. I want you to act as if the house was on fire, because it is“ (aus der Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 22.01.2019).

Die Beteiligung an Akten des zivilen Ungehorsams erfordert zudem enge Kontakte zwischen den Protestierenden und muss mit starken Gefühlen auf der gegnerischen Seite und bei den Kontrollorganen rechnen. (Soziale Bewegungen basieren auch auf Emotionskulturen, die gemeinsames Handeln ermöglichen)

Zweite These:

Erfolgreich können solche symbolischen Aktionen aber nur sein, wenn es gelingt, ihre politischen Botschaften trotz dieses affektgeladenen Settings sichtbar und plausibel zu machen. Dies erfordert von den Beteiligten ein besonderes Maß an Selbstkontrolle, das etwa durch Trainings in gewaltfreier Aktion und Vertrauensbildung in Bezugsgruppen eingeübt wird. Dies regt zur zweiten, auf den ersten Blick paradoxen These an: Je stärker die Gefühle sind, die in politische Partizipationsprozesse eingebracht werden, desto größer werden die Ansprüche an die Affektkontrolle und Selbstregulierung bei den Beteiligten.

Dritte These:

Gemeinsam ist allen Formen politischer Partizipation die Grundüberzeugung der eigenen Selbstwirksamkeit. Was bereits für die historische Friedensbewegung konstatiert wurde, lässt sich aktuell z.B. in den jugendlich geprägten Klimaprotesten beobachten: „Das Selbstvertrauen in unseren Ängsten“ (Alexander Kluge). Einen Unterschied zu machen, Einfluss nehmen und etwas gestalten zu können, ist eine gemeinsame Gefühlslage von Engagierten. Sie muss robust und enttäuschungsfest sein, weil die eigenen Ziele und Interessen in konkreten Beteiligungsprozessen nicht immer Aussicht auf Erfolg haben können.

Vierte These:

Aus diesem Spannungsverhältnis von starken Gefühlen, Zwang zur Selbstkontrolle und erwünschter politischer Wirksamkeit ergeben sich besondere kognitive Herausforderungen und politische Lernchancen - so meine vierte These. Dabei geht es (a) um den „Realismus in den Gefühlen“ (Emotionen als interpretative Akte gegenüber der erlebten Wirklichkeit – sozialkonstruktivistische Perspektive), d.h. sind die Befürchtungen in Sachen Kriegsgefahr oder Klimawandel berechtigt, stimmt deren diagnostisches Potential. Mit dem Engagement ist (b) der Zwang verbunden, das strategische Kalkül der eigenen Aktionen immer wieder zu überprüfen, d.h. sind sie geeignet die angestrebten Ziele zu erreichen oder unerwünschte Entwicklungen zu unterbinden. Schließlich zwingen (c) staatliche Reaktionen, öffentliche Kritik und Gegenmobilisierungen dazu, sich mit den politischen Institutionen und Prozessen zu befassen, in die das eigene Engagement eingebettet ist. (d) Beteiligungsformate sind durch spezifische Emotionskulturen gekennzeichnet, in die normative Vorstellungen eingebettet („feeling rules“ – Arlie Hochschild) sind. Sie können durch Emotionsarbeit gefördert werden, aber bedürfen auch der Überprüfung.

Fünfte These:

Es gibt es aktuell reichlich Anhaltspunkte, dass diese Dynamik der Selbstaufklärung durch emotional grundierte politische Partizipation blockiert sein kann. Das gilt – wie das Beispiel „Pegida“ zeigt – sowohl für die diagnostische und die strategische wie die politisch-institutionelle Dimension. Die Liste möglicher Ursachen für solche Blockaden ist lang und reicht von der ökonomischen und herrschaftlichen Nutzung von Emotionen (ökonomische Inwertsetzung von Emotionen, „Herrschaft des Unrechts“, „Kontrollverlust“) über die Folgenlosigkeit politischer Partizipation („Postdemokratie“) bis zu den destruktiven Folgen einer digitaler Kommunikation, die auf faktenarme Dauererregung setzt („Echokammern“, „Fake News“). Selbsterleben dominiert über den Weltbezug. Solche Blockaden sollten zentrale Themen politischer Bildung sein.

Sechste These:

Wir sollten politische Institutionen und Beteiligungsformate als mehr oder weniger erfolgreiche Versuche begreifen, Emotionen aufzugreifen und sie in produktive politische Energien (primäre in sekundäre Emotionen) zu verwandeln. Das Eingangszitat von Alexander Kluge verweist auf diese Aufgabe.

Es gibt genügend Anhaltspunkte, dass dies durch die klassischen Institutionen liberaler Demokratie (Wahlen, Parlamente etc.) allein nicht mehr hinreichend geleistet werden kann. Es braucht dazu vielfältige Formen der Demokratie (repräsentative, direktdemokratische, deliberative Formen, Partizipation in Institutionen wie KiTas, Schulen, Universitäten oder Betreibe, Protest, Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen, aber auch Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die im Kleinen etwas gestalten wollen). Dabei können deliberative und direktdemokratische, aber auch Formen der Mitbestimmung in Einrichtungen des Alltags eine wichtige Rolle spielen. Ein entspannter Umgang mit Bürgerinitiativen und Protest gehört ebenfalls dazu. Zivilgesellschaftliches Engagement schafft zusätzlich wichtige Voraussetzung. Nachdem lange fast ausschließlich in der Gestaltung von Demokratie auf eine Repräsentations- und Vertretungspraxis gesetzt wurde, brauchen wir heute die Ergänzung durch eine breite Beteiligungskultur, die es erlaubt heftige Emotionen in Verfahren zu kanalisieren, in denen sie demokratisch-menschenrechtlich aufgeklärt produktiv werden können. Verbunden ist damit auch die Erwartung, dass ein Mehr an Beteiligung, fairer Repräsentation und starker Legitimation den unproduktiven Wuthaushalt einer Gesellschaft reduzieren kann (s. den aktuellen Versuch von Macron, die Forderungen der Gelbwesten durch breit gestreute Dialogformate zu bearbeiten).